

5. Technologiepolitik

- Teile der Privatisierungserlöse sollen für Offensivmaßnahmen im Technologie- und im Ausbildungsbereich verwendet werden.
- Ausbau der Kooperation zwischen universitären/außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den industriell-gewerblichen Unternehmen, um wertvolle wissenschaftliche Erkenntnisse für die Industrie und Exportwirtschaft nutzbar zu machen.
- Prüfung der Möglichkeit der Einrichtung von Technologiefonds nach dem Vorbild des amerikanischen SBIC (Small Business Investment Corporation)-Modells, bei dem im Erfolgsfall private Fondsfinanziere aufgrund der staatlichen Beteiligung an der Finanzierung zu Fixzinsen (z. B. Darlehen) einen Leverage-Effekt lukrieren können.

6. Qualifikationsoffensive

Qualifizierte Beschäftigte – vor allem Facharbeiter und Ingenieure – sind traditionell eine der größten Stärken der österreichischen Wirtschaft. Durch den rascheren technologischen Wandel werden spezialisierte Qualifikationen jedoch leichter obsolet. Daher ist eine umfassende Reform des Ausbildungssystems notwendig, die die Rahmenbedingungen für lebensbegleitendes Lernen sichert. Ein besonderes sozial- und gesellschaftspolitisches Anliegen stellt auch die gute berufliche Qualifikation Jugendlicher dar. Eine bessere Ausbildung bedeutet zudem bessere Entwicklungschancen und die Möglichkeit eines selbstbestimmten Arbeitens für die Beschäftigten.

- Fachhochschulen: Einrichtung von Fachhochschulen für Berufstätige in Schwerpunktbereichen; Anbindung an regionale und innovative Wirtschaftskluster nach entsprechender Bedarfsanalyse.
- Aus- und Weiterbildungseinrichtungen neuen Typs: Kooperation von Aus- und Weiterbildungseinrichtungen; berufsbildende Schulen sollen für Weiterbildung am Abend vermehrt geöffnet werden – Ausbau zu Bildungszentren.
- *Das duale Berufsausbildungssystem für Lehrlinge* soll nicht nur den Übergang von der Pflichtschule ins Berufsleben ermöglichen und die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften abdecken, sondern auch verstärkt motivieren, weitere Bildungswege – speziell für Berufstätige – einzuschlagen.
- Die Wirtschaft wird sich bemühen, ein ausreichendes Lehrstellenangebot sicherzustellen.
- Das Ansehen der Facharbeit in der Gesellschaft ist zu heben.
- Da sich die beruflichen Qualifikationsanforderungen durch die wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen laufend ändern, ist künftig

berufliches Wissen nicht nur in spezialisierten Lehrberufen zu vermitteln. Deshalb werden in einzelnen Branchen breitere Lehrberufe (Gruppenlehrberufe) notwendig sein.

- Die Attraktivität dieses dualen Bildungsweges hängt künftig entscheidend von der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Förderung der Kreativität, Kooperationsfähigkeit etc. ab.
- Ebenso wird für die Attraktivität der Berufsausbildung von Bedeutung sein, daß Absolventen einer Lehrausbildung den tatsächlichen Zugang zu Fachhochschulen erhalten.

7. Aktive Arbeitsmarktpolitik

Aktive Arbeitsmarktpolitik kann eine auf Vollbeschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik ergänzen und deren Wirkungen verstärken.

Durch die Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung in das Arbeitsmarktservice haben die Sozialpartner stärkeren Einfluß auf die Arbeitsmarktpolitik gewonnen. Dies entspricht auch einer stärkeren Verantwortung. Die Zielvorgaben, die sowohl vom zuständigen Sozialminister als auch im Arbeitsmarktservice zur aktiven Arbeitsmarktpolitik entwickelt worden sind, sind somit nur durch gemeinsame Anstrengungen der Sozialpartner und der Regierung umzusetzen, wobei eine ausreichende finanzielle Dotierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik Voraussetzung für einen erfolgreichen Beitrag dieses Bereiches zur Vollbeschäftigung ist.

Die Prioritäten wurden bei den gemeinsam erarbeiteten Zielvorgaben vor allem gerichtet auf

- Aktive Unterstützung von Unternehmungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen;
 - Umschichtungen der Mittel von der passiven zur aktiven Arbeitsmarktpolitik;
 - Ausbau der Arbeitsvermittlung;
 - Beseitigung von Qualifikationsdefiziten zur Bewältigung des strukturellen Wandels;
 - besondere Förderungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose;
 - Ausweitung des Berufsfeldes für Frauen durch Information und Qualifikation, besondere Hilfen für den Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit nach familiär bedingten Unterbrechungen;
 - Integrationshilfen für Behinderte.
- Damit die Arbeitsmarktpolitik ihre Wirksamkeit entfalten kann, bedarf es einer nachhaltigen und engen Kooperation zwischen Arbeitsuchenden, Betrieben und dem Arbeitsmarktservice. Intensivierte Betriebskontakte können zu einer schnelleren Besetzung offener Stellen führen und sind daher voranzutreiben.